

## **Antrag**

**der Abg. Dr. Christina Baum u. a. AfD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Soziales und Integration**

### **Nachfrage zum Demokratiezentrum Baden-Württemberg**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie viele und welche Fälle von linksextremistischen Vorfällen dem Demokratiezentrum seit dem 11. Juni 2018 gemeldet wurden;
2. wie sie diese Vorfälle bewertet;
3. ob sie diesbezüglich einen Verbesserungsbedarf bei Meldevorgängen, dem allgemeinen Ablauf der Datenverarbeitung oder dergleichen sieht;
4. wann mit einem Update der Homepage zu rechnen ist und diese einen Meldebutton für „Linksextremistischen Vorfall melden“ erhält;
5. wie viele Mitarbeiter jeweils in welchem Umfang im Bereich Linksextremismus, Rechtsextremismus und Ausländerextremismus beschäftigt sind;
6. wie viele Veranstaltungen wie beispielsweise Workshops oder Vorträge zur Aufklärung über das Thema Linksextremismus durch das Demokratiezentrum beziehungsweise durch die Landesregierung seit dem Jahr 2018 veranstaltet wurden;
7. wie viele Veranstaltungen wie beispielsweise Workshops oder Vorträge zur Aufklärung über das Thema Rechtsextremismus durch das Demokratiezentrum beziehungsweise durch die Landesregierung seit dem Jahr 2018 veranstaltet wurden;
8. wie viele Beratungen beziehungsweise Hilfsangebote es für Betroffene von linker Gewalt in Baden-Württemberg gibt;

9. wie viele Beratungen beziehungsweise Hilfsangebote es für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg gibt;
10. wie sie nach ihrer Auffassung das Gefahrenpotenzial des Linksextremismus einschätzt;
11. welche zukünftigen Strategien, Maßnahmen und Vorkehrungen es seitens der Landesregierung zur Prävention und zur Bekämpfung des Linksextremismus gibt;
12. welche zukünftigen Strategien, Maßnahmen und Vorkehrungen es seitens der Landesregierung zur Prävention und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gibt;
13. was man beachten sollte, um eine Antwort des Demokratiezentrum zu erhalten.

07.03.2019

Dr. Baum, Wolle, Sänze, Palka, Baron, Dr. Merz AfD

#### Begründung

Bereits am 10. Juni 2018 haben die Abgeordneten Dr. Baum, Wolle und Palka in einem Schreiben an Herrn Minister Manfred Lucha angeregt, dass das aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und vom Ministerium für Soziales und Integration finanzierte Demokratiezentrum Baden-Württemberg sein präventives Engagement künftig auch auf das linksextremistische Spektrum hin ausrichten soll. Herr Lucha bestätigte in seiner Antwort vom 27. Juni 2018, die seit vielen Jahren gegebene Ausrichtung des Demokratiezentrum Baden-Württemberg ab Mitte 2018 auch explizit auf die Formen des Linksextremismus hin zu präzisieren. Da auf konkrete Nachfrage diesbezüglich bei einem Mitarbeiter des Demokratiezentrum keine Antwort zu verzeichnen war, soll in Form dieses Antrags in Erfahrung gebracht werden, welche Maßnahmen getroffen wurden, welche Erfolge bereits verzeichnet werden konnten beziehungsweise welche zukünftigen Maßnahmen getroffen werden.

#### Stellungnahme

Mit Schreiben vom 4. April 2019 Nr. 43-0141.5-016/5882 nimmt das Ministerium für Soziales und Integration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und dem Ministerium der Justiz und für Europa zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

1. *wie viele und welche Fälle von linksextremistischen Vorfällen dem Demokratiezentrum seit dem 11. Juni 2018 gemeldet wurden;*

Auf der Homepage des Demokratiezentrum Baden-Württemberg besteht die Möglichkeit, auf (vermeintlich) antidemokratische Vorfälle hinzuweisen. Von dieser Möglichkeit wird von unterschiedlicher Seite regelmäßig Gebrauch gemacht.

Meldungen beziehen sich grundsätzlich auf strafbare Hetze im Internet, wie z. B. Fälle von Volksverhetzung und/oder politisch motivierte Drohungen. Im Jahr 2018 wurden insgesamt 1.841 eingegangene Meldungen von „Hate Speech“ durch die Meldestelle „respect!“ bearbeitet, davon wurden 321 zur Anzeige gebracht und in 142 Fällen wurden erfolgreich Löschanträge an Provider gestellt.

Dem Demokratiezentrum wurden im angefragten Zeitraum acht (vermeintlich) linksextremistisch motivierte Vorfälle gemeldet, dabei handelte es sich um Vorwürfe der (persönlichen) Beleidigung, Hinweise auf Sachbeschädigung sowie um (vermeintlich) politisch motivierte Angriffe auf Personen. Die Zuordnung der gemeldeten Fälle zu den Kategorien „Linksextrem“ bzw. „Linksterroristisch“ erfolgte dabei jeweils durch die Meldenden selbst.

*2. wie sie diese Vorfälle bewertet;*

Die Landesregierung Baden-Württemberg verurteilt grundsätzlich jegliche Form antidemokratischen, extremistischen, gewaltverherrlichenden oder gewalttätigen Handelns und unterstützt Justiz und Strafverfolgungsbehörden nach Kräften bei der Aufklärung und Verfolgung extremistischen Verhaltens.

*3. ob sie diesbezüglich einen Verbesserungsbedarf bei Meldevorgängen, dem allgemeinen Ablauf der Datenverarbeitung oder dergleichen sieht;*

*4. wann mit einem Update der Homepage zu rechnen ist und diese einen Meldebutton für „Linksextremistischen Vorfall melden“ erhält;*

Die Beantwortung der Fragen 3. und 4. erfolgt im Sachzusammenhang.

Das Meldeverfahren sowie der Ablauf der Datenverarbeitung im Demokratiezentrum werden durch die Beteiligten grundsätzlich positiv bewertet. Meldende erhalten eine Eingangsbestätigung sowie eine Rückmeldung zur weiteren Verwendung gemeldeter Informationen. Bei Bedarf werden die Fachstellen des Demokratiezentriums zur fachlichen Einschätzung einzelner Meldungen mit einbezogen. Es wird mit Blick auf diese Praxis momentan kein Verbesserungsbedarf gesehen.

Eine inhaltliche Weiterentwicklung der Homepage findet fortlaufend statt. Ein „Update“ im Sinne einer technischen Neuprogrammierung erscheint aktuell nicht angezeigt.

Der Meldebutton „Online-Hasskommentare melden“ bezieht sich phänomenübergreifend auf Vorfälle, die im Internet, bzw. in digitalen sozialen Medien gesichtet worden sind. Darüber hinaus wird es künftig lediglich einen weiteren „Meldebutton“ geben, bei dem ebenfalls phänomenübergreifend antidemokratische Vorfälle gemeldet werden können, wie beispielsweise Schmierereien oder Aufkleber mit verfassungsfeindlichen Symbolen oder andere sozialräumliche Aktivitäten in den Bereichen Linksextremismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Ausländerextremismus, religiös begründeter Extremismus sowie anderen Formen von menschenverachtender Diskriminierung oder Aufrufen zu Gewalt und Ausgrenzung oder zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF). Damit soll künftig mehr Klarheit bei Meldevorgängen erreicht werden.

*5. wie viele Mitarbeiter jeweils in welchem Umfang im Bereich Linksextremismus, Rechtsextremismus und Ausländerextremismus beschäftigt sind;*

Formen des Extremismus werden in Angeboten des Demokratiezentriums phänomenübergreifend bearbeitet.

Eine entsprechende Zuordnung von Stellenprozenten auf einzelne Phänomenbereiche erscheint deshalb nicht zielführend.

6. wie viele Veranstaltungen wie beispielsweise Workshops oder Vorträge zur Aufklärung über das Thema Linksextremismus durch das Demokratiezentrum beziehungsweise durch die Landesregierung seit dem Jahr 2018 veranstaltet wurden;
7. wie viele Veranstaltungen wie beispielsweise Workshops oder Vorträge zur Aufklärung über das Thema Rechtsextremismus durch das Demokratiezentrum beziehungsweise durch die Landesregierung seit dem Jahr 2018 veranstaltet wurden;

Die Fragen 6. und 7. werden im Sachzusammenhang beantwortet:

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg (IM) werden Veranstaltungen wie Workshops oder Vorträge zur Aufklärung über Extremismus durch die regionalen Polizeipräsidien, das Landeskriminalamt, das Landesamt für Verfassungsschutz sowie das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) ausgerichtet. Darüber hinaus halten Vertreter/-innen der genannten Stellen auch Präventions- und Informationsvorträge auf verschiedenen Veranstaltungen anderer Organisationen.

Veranstaltungen zum Thema Extremismus beziehungsweise der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) sind in der Regel phänomenübergreifend konzipiert, um die jeweiligen Wechselwirkungen abzubilden. Auf Anfrage oder auch lage- und brennpunktorientiert können in den Vorträgen Schwerpunkte auf einzelne Phänomenbereiche gelegt werden.

Das im Innenministerium angesiedelte Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) richtete seit dem Jahr 2018 selbst insgesamt neun phänomenübergreifende Veranstaltungen aus, in denen sowohl das Thema Rechtsextremismus als auch das Thema Linksextremismus behandelt wurden. Darüber hinaus hielten Referentinnen und Referenten des konex auf Anfrage themenbezogene Vorträge bei Veranstaltungen anderer Stellen.

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und die regionalen Polizeipräsidien haben sich seit dem Jahr 2018 landesweit bei 134 Veranstaltungen beziehungsweise Vorträgen mit dem Schwerpunkt auf PMK – rechts – und bei 33 Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt PMK – links – beteiligt.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) hat seit dem Jahr 2018 insgesamt zwölf Vorträge zum Linksextremismus und hier vor allem zur Thematik „Gewaltorientierter Linksextremismus“ und insgesamt 36 Vorträge zum Thema Rechtsextremismus gehalten (Stand März 2019).

Aufgrund der in Antwort zu Frage 5. dargestellten phänomenübergreifenden Angebotsstruktur sind auch im Demokratiezentrum einzelne Angebote in der Regel nicht ausschließlich einem Phänomenbereich zuzuordnen.

2018 wurden im Demokratiezentrum 13 Qualifizierungsangebote mit 240 teilnehmenden Fachkräften sowie 13 Fachtage mit rund 900 teilnehmenden Fachkräften durchgeführt. Darüber hinaus wurden mit 410 umgesetzten Workshops und Planspielen ungefähr 4.060 Fachkräfte sowie 9.025 Jugendliche erreicht.

Im Dezember 2018 hat die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) als Behörde im Geschäftsbereich des Landtags von Baden-Württemberg in Kooperation mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport einen Fachtage zum Thema „Umgang mit Antisemitismus“ an Schulen durchgeführt. In Kooperation mit dem Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex) hat die LpB bisher zwei Schulungen für die polizeilichen Ansprechpartner der Israelitischen Religionsgemeinschaften durchgeführt. In Kooperation mit dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) hat die LpB im Januar 2019 eine Fachtage zu demokratiefeindlichen Heimat- und Identitätskonstruktionen durchgeführt.

8. wie viele Beratungen beziehungsweise Hilfsangebote es für Betroffene von linker Gewalt in Baden-Württemberg gibt;

9. wie viele Beratungen beziehungsweise Hilfsangebote es für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg gibt;

Die Fragen 8. und 9. werden im Sachzusammenhang beantwortet:

Dem Justizministerium bekannte Beratungsstellen für Opfer rassistischer/rechts-extremistischer/antisemitischer Gewalttaten sind aus der als *Anlage* beigefügten Tabelle (Stand: September 2017) ersichtlich.

Die Polizei ist gesetzlich verpflichtet, jedes Opfer über seine Rechte und entsprechende Hilfsangebote zu informieren. Die Opfer treffen danach die Wahl über die Annahme oder Ablehnung der Hilfsangebote selbstständig, in der Regel ohne die Polizei darüber zu informieren.

Unter dem Dach des Demokratiezentrum Baden-Württemberg wurden folgende Beratungsstellen eingerichtet: „Leuchttlinie – Fachstelle zur Beratung für Betroffene von rechter Gewalt“, „respect – die Meldestelle für Hetze im Netz“, „kompetent vor Ort – Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus“ und „Fex – Fachstelle Extremismuskonfrontierung“.

Im angefragten Zeitraum erreichte das Demokratiezentrum Baden-Württemberg keine Beratungsanfrage von Betroffenen (vermeintlich) linker Gewalt. Im Falle eines Beratungsbedarfs eines Betroffenen von politisch motivierter Gewalt/Linksextremismus erfolgt bei strafbaren Handlungen grundsätzlich eine Verweisberatung an die Polizei oder an den Weißen Ring, bzw. an geeignete Opferberatungsstellen.

2018 gab es vom Demokratiezentrum Baden-Württemberg insgesamt 74 Beratungsprozesse von Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

10. wie sie nach ihrer Auffassung das Gefahrenpotenzial des Linksextremismus einschätzt;

Zu 10.:

Linksextremisten wollen die bestehende, freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen. An deren Stelle soll – je nach ideologischer Ausrichtung – eine sozialistische beziehungsweise kommunistische Gesellschaft oder eine „herrschaftsfreie“, anarchistische Gesellschaft treten. Daher gehen sowohl vom dogmatischen als auch vom gewaltorientierten Linksextremismus, zu dem vor allem die Autonomen, die Antiimperialisten und Teile der anarchistischen Szene zählen, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung Deutschlands aus.

Von Linksextremisten bediente Themenfelder haben oftmals eine hohe Anschlussfähigkeit an das nichtextremistische Spektrum. Für die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bringen sich Linksextremisten dementsprechend zunehmend in zivilgesellschaftliche Proteste ein und versuchen, diese in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. Die Aktionsformen reichen von offener Agitation bis hin zu verdeckt begangenen, teils schweren Gewalttaten, wobei einzelne gewaltorientierte Gruppen auch die Verletzung von Personen in Kauf nehmen. Besonders innerhalb der autonomen Szene finden Angriffe, vor allem auf Polizisten wie auch auf Rechtsextremisten, weitestgehend Akzeptanz.

Im Jahr 2018 gingen die linksmotivierten Straftaten in Baden-Württemberg im Vergleich zum Vorjahr um 30 Delikte auf 500 (2017: 530) Fälle zurück, davon wurden 334 (2017: 461) Fälle als linksextremistisch motiviert eingestuft. Auch bei den linksextremistisch motivierten Gewaltdelikten ist ein Rückgang um 9 auf 60 Fälle im Vergleich zum Vorjahr festzustellen.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Landesregierung zur Großen Anfrage der Fraktion der AfD, „Linksextremismus-Entwicklung 2018“, Landtagsdrucksache 16/4478, verwiesen.

11. welche zukünftigen Strategien, Maßnahmen und Vorkehrungen es seitens der Landesregierung zur Prävention und zur Bekämpfung des Linksextremismus gibt;

12. welche zukünftigen Strategien, Maßnahmen und Vorkehrungen es seitens der Landesregierung zur Prävention und zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gibt;

Die Fragen 11. und 12. werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In Baden-Württemberg wird seitens der Sicherheitsbehörden, dem präventiven und repressiven Eintreten gegen jede Form des Extremismus großes Gewicht beigemessen.

Der Polizei Baden-Württemberg stehen auch künftig für Präventionsveranstaltungen zur PMK standardisierte, phänomenübergreifende Vorträge zur Verfügung. Auf Anfrage oder auch lage- und brennpunktorientiert können diese Vorträge auf einzelne Phänomenbereiche zugeschnitten werden. Zudem stellt das Landeskriminalamt Baden-Württemberg bei Bedarf auch weiterhin Referenten mit entsprechender Fachexpertise für Vortragsveranstaltungen der Extremismusprävention zur Verfügung.

Ein frühzeitiges und niederschwelliges Einschreiten zur Verhinderung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung stellt auch künftig ein effektives Mittel zur Bekämpfung des Links- und Rechtsextremismus dar. Zudem dienen präventivpolizeiliche Maßnahmen, wie beispielsweise die Initiierung von Strukturermittlungsverfahren, der effektiven Bekämpfung des Links- und Rechtsextremismus. Liegen Hinweisen auf Straftaten vor, trifft die Polizei im Einzelfall alle erforderlichen Maßnahmen zur Strafverfolgung.

Darüber hinaus werden im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit anlassbezogen oder turnusmäßig bestehende Konzeptionen zur Bekämpfung der PMK – rechts – und PMK – links – auf Fortschreibungsbedarf hin geprüft und ggf. aktualisiert.

Laut Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg (2016 bis 2021) sollen die Aufgaben des konex auf alle Fälle von Extremismus ausgeweitet werden. Es ist vorgesehen, die Ausweitung auf die Bereiche Links- und Ausländerextremismus noch im laufenden Jahr umzusetzen.

Darüber hinaus soll das vom konex landesweit koordinierte Projekt ACHTUNG?! auch über das Jahr 2020 angeboten werden. Hierbei handelt es sich um ein modulares Präventionsprojekt für Schulen und Bildungseinrichtungen. Der Präventionsansatz ist auch hier ein ganzheitlicher und richtet sich gegen rechten, linken und religiösen Extremismus.

Das LfV ist im Bereich der Präventions- und Informationsarbeit vielfältig aktiv. Als „Frühwarnsystem“ der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist es Aufgabe des LfV, verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen zu beobachten und politisch Verantwortliche, die zuständigen Stellen und die Bürgerinnen und Bürger hierzu zu unterrichten. Das LfV handelt nach dem Grundsatz „Prävention durch Information“ und widmet sich dabei sämtlichen Phänomenbereichen des Extremismus gleichermaßen. So klärt das LfV auch umfassend über die gefährlichen Ziele und Strategien von Links- und Rechtsextremisten auf. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem gewaltorientierten Extremismus.

Über die regelmäßige Berichterstattung, etwa im Jahresbericht, hinaus, bietet das LfV regelmäßig – insbesondere in festen Kooperationsformaten und auch auf einzelne Anfragen – Präventions- und Informationsveranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen an. Das Portfolio reicht dabei von der Durchführung oder der Teilnahme an Vorträgen, Workshops und Symposien über den Besuch von Fachtagungen, Messen und Ausstellungen bis hin zur Mitarbeit an fremden und der Erstellung eigener Publikationen.

Eine besondere Zielgruppe der Präventions- und Informationsangebote des LfV sind Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Bereich der Kommunalverwaltungen und von Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus arbeitet das LfV eng

mit dem Ministerium der Justiz und für Europa zusammen und führt Fortbildungsveranstaltungen für alle Bereiche der Justiz und des Justizvollzugs durch. Neben dem Präventionsgedanken steht hierbei auch der wichtige Austausch auf Arbeitsebene im Mittelpunkt.

Nach Angaben des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport hat Schule die Aufgabe, junge Menschen zu selbstverantwortlichem und demokratischem Handeln in der Gesellschaft zu befähigen. Dazu gehört die Vermittlung von Kenntnissen über politische, historische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen und Entwicklungen. Die Grundlage bilden das Grundgesetz und die Landesverfassung.

In den Schulen erfolgt fast ausschließlich primäre Prävention und dabei mit Blick auf jede Form von Radikalisierung junger Menschen, wozu insbesondere Salafismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus zählen. Das geschieht grundlegend durch Demokratiebildung im Unterricht aller Fächer und im außerunterrichtlichen Bereich, wie zum Beispiel bei der gemeinsamen Gestaltung des Schullebens.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen in Politik und Gesellschaft soll Demokratiebildung einen noch höheren und praxiswirksameren Stellenwert erhalten. Deshalb arbeitet das Kultusministerium derzeit gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung an einer schulartübergreifenden Konzeption in Form eines „Leitfadens Demokratiebildung“. Der Leitfaden wird als Hilfestellung und Unterstützung für Lehrerinnen und Lehrer aller Fächer und Schularten konzipiert, um eine verlässliche Orientierung für die Vermittlung demokratiebezogener Kompetenzen in Schule und Unterricht zu bieten. Der Leitfaden soll nach derzeitiger Planung ab dem Schuljahr 2019/2020 verbindlich an allen allgemeinbildenden Schulen in den Klassen 1 bis 13 eingeführt werden. Den beruflichen Schulen wird die Umsetzung des Leitfadens in geeigneter Weise empfohlen. Begleitend soll ab dem Schuljahr 2019/2020 ein Unterstützungssystem für die schulische Unterrichtspraxis mit Fortbildungsangeboten und konkreten Unterrichtsmaterialien aufgebaut werden. Das Projekt wird von namhaften Vertreterinnen und Vertretern der Politikwissenschaften bzw. der Politikdidaktik begleitet. Vom 13. März bis zum 3. April 2019 ist unter der Bildungsplan-Plattform [www.bildungsplaene-bw.de/anhoeerung](http://www.bildungsplaene-bw.de/anhoeerung) eine aktuelle Fassung des Leitfadens im Rahmen eines onlinebasierten Anhörungsverfahrens verfügbar. Ebenso sind dort weitere Informationen zum Projekt zu finden.

Die LpB ist im Lenkungsausschuss und im Fachbeirat des Kompetenzzentrums gegen Extremismus (konex) sowie dem Ressortkreis des Beauftragten gegen Antisemitismus vertreten und damit in enger Abstimmung mit den Ressorts der Landesregierung über Strategien und Maßnahmen zur Extremismusprävention. Sie bringt sich ein mit dem Fachbereich „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“ sowie dem Landesprogramm „Demokratie stärken“ und reagiert damit auf tatsächliche gesellschaftliche Bedarfe. Konzipiert ist der Ansatz der LpB zur Extremismusprävention über das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Im Bereich des Demokratiezentrum Baden-Württemberg wird auf die Stellungnahmen zu den Landtagsdrucksachen 16/3622, 16/3801, 16/4227, 16/4684 und 16/4820 verwiesen.

Im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Soziales und Integration werden die vorhandenen Projekte und Maßnahmen zur Extremismusprävention kontinuierlich geprüft und konzeptionell bedarfsorientiert angepasst.

*13. was man beachten sollte, um eine Antwort des Demokratiezentrum zu erhalten.*

Zu 13.:

Grundsätzlich wird nach Auskunft des Demokratiezentrum Baden-Württemberg jede Anfrage zeitnah beantwortet.

Lucha

Minister für Soziales  
und Integration

Anlage

Einrichtung	Beratungsstelle für Opfer rassistischer/ rechtsextremistischer antisemitischer Gewalt
<b>Anlaufstelle gegen sexualisierte Gewalt</b> <b>Bahnhofstraße 64</b> <b>71332 Waiblingen</b> <b>Mail: anlaufstelligsg@rems-murr-kreis.de</b> <b>Tel.: 07151/501-1496</b> <b>Fax: 07151/501-1167</b>	<p style="text-align: center;">x:</p> <p style="text-align: center;">für den Erstkontakt und zur Weitervermittlung</p>
<b>Beratungsstelle Courage</b> <b>Brückenstraße 17</b> <b>79761 Waldshut</b> <b>Tel.: 07751/910 843</b> <b>Fax: 07751/802284</b> <b>Mail: courage@frauenhaus-wt.de</b>	<p style="text-align: center;">teilweise</p>
<b>Bezirksverein für soziale Rechtspflege im Landgerichtsbezirk Waldshut</b> <b>Amthausstraße 5</b> <b>79761 Waldshut- Tiengen</b> <b>Tel.: 07751/ 881-172</b> <b>Fax: 07751/881-137</b> <b>Mobil: 0176/10543687</b>	<p style="text-align: center;">x</p>
<b>Frauen helfen Frauen Schwarzwald Baar e.V.</b> <b>Tel.: 07721-54400</b> <b>Mail: frauenhelfenfrauen-vs@web.de</b>	<p style="text-align: center;">x</p>
<b>Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut</b> <b>Postfach 1224</b> <b>79746 Waldshut</b> <b>Tel.: 07751/3553</b>	<p style="text-align: center;">teilweise</p>
<b>Opfer- und Traumaberatung Seehaus e.V.</b> <b>Agnes-Miegel-Straße 5</b> <b>71229 Leonberg</b> <b>Tel.: 07152/33123304</b> <b><a href="http://seehaus-ev.de/opferhilfe/">http://seehaus-ev.de/opferhilfe/</a></b>	<p style="text-align: center;">x</p>
<b>Psychologische Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche, für Einzelne und Paare</b> <b>Träger: Evangelische und Katholische Kirche</b> <b>Bahnhofstraße 26</b> <b>72458 Albstadt-Ebingen</b> <b>Tel.: 07431/134 180</b> <b>Fax: 07431/1341810</b>	<p style="text-align: center;">x</p>
<b>Traumaambulanz</b> <b>Klinikum Esslingen</b> <b>Hirschlandstraße 97</b> <b>73730 Esslingen</b> <b>Klinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie</b>	<p style="text-align: center;">x</p>